

# Amtsblatt

## der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

### Teil I

Nummer 23

Ausgegeben in München am 18. Dezember 2006

Jahrgang 2006

### Inhalt

|   | Seite |   | Seite      |
|---|-------|---|------------|
| <b>I. Rechtsvorschriften</b>  |       | <b>Zuständigkeitsregelungen für den Arbeitnehmerbereich im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst (Zust-AN-WFKM) .....</b> | <b>361</b> |
| Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ausübung des Unterrichts als Skilehrer .....  | 358   | <b>Ausschreibung von GribS (Grundschulen zur individuellen Förderung bayerischer Schülerinnen und Schüler) .....</b>  | <b>362</b> |
| Berichtigung .....  | 359   | <b>Zulassung von Lernmitteln .....</b>  | <b>364</b> |
| <b>II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst</b>   |       | <b>III. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsregierung, anderer bayerischer Staatsministerien und sonstiger Stellen</b>   |            |
| Preise für hervorragende Hochschulabschlüsse oder Promotionen von weiblichen Studierenden der Ingenieurwissenschaften .....   | 360   | <b>Änderung der Allgemeinen Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaates Bayern .....</b>  | <b>365</b> |
| Änderung der Bekanntmachung zum Vollzug der Vorschriften des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes über die Lernmittelfreiheit und der Verordnung über die Zulassung von Lernmitteln ..... | 360   | <b>Änderung der Allgemeinen Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaates Bayern .....</b>  | <b>366</b> |
|   |       | <b>Berichtigung .....</b>   | <b>367</b> |

# I. Rechtsvorschriften

227-4-1-UK

## Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ausübung des Unterrichts als Skilehrer Vom 13. Oktober 2006 (GVBl S. 812)

Auf Grund des Art. 128 Abs. 2 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2006 (GVBl S. 397), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

### § 1

Die Verordnung über die Ausübung des Unterrichts als Skilehrer (BayRS 227-4-1-UK) wird wie folgt geändert:

#### 1. § 1 wird wie folgt geändert:

##### a) Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Vorschriften dieser Verordnung gelten vorbehaltlich des § 6 für die Erteilung von Unterricht im Bereich des alpinen Skisports durch Skischulen.“

##### b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 erster Halbsatz werden die Worte „einschließlich Skilanglauf“ gestrichen.

bb) Satz 1 zweiter Halbsatz wird gestrichen; nach dem Wort „ausgerichtet“ wird das Komma durch einen Punkt ersetzt.

cc) In Satz 2 werden die Worte „und bei Erteilung von Skilanglaufunterricht als Skilanglaufschule“ gestrichen.

c) In Abs. 3 werden die Worte „bzw. eine Skilanglaufschule“ sowie „bzw. Skilanglaufunterricht“ gestrichen.

d) In Abs. 4 werden die Worte „bzw. Skilanglaufunterrichts“ gestrichen.

#### 2. § 2 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift werden die Worte „und Skilanglaufschulen“ gestrichen.

b) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) Satz 2 wird aufgehoben.

bb) Der bisherige Satz 3 wird Satz 2.

c) In Abs. 2 werden die Worte „oder Skilanglaufschulen“ gestrichen.

#### 3. § 3 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift werden die Worte „und Skilanglaufschulen“ gestrichen.

b) Satz 2 wird aufgehoben; die Satzbezeichnung des Satzes 1 entfällt.

#### 4. § 4 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift werden die Worte „und Skilanglaufschulen“ gestrichen.

b) Abs. 5 wird aufgehoben.

5. In § 5 werden die Worte „oder Skilanglaufschule“ gestrichen.

6. In § 6 werden die Worte „Ski- oder Skilanglaufunterricht“ durch das Wort „Skiunterricht“ ersetzt.

### § 2

Diese Verordnung tritt am 1. November 2006 in Kraft.

München, den 13. Oktober 2006

Bayerisches Staatsministerium  
für Unterricht und Kultus

Siegfried Schneider  
Staatsminister

2210-1-1-11-WFK

**Berichtigung (GVBl S. 470)**

Die Verordnung zur Gliederung der staatlichen Universitäten und Fachhochschulen sowie der Hochschule für Fernsehen und Film in München (Hochschulgliederungsverordnung – HSchGV) vom 16. Juni 2006 (GVBl S. 332) wird wie folgt berichtigt:

1. In § 2 Nr. 7 muss es statt „Fachbereich Soziale Arbeit“ richtig heißen:

„Fakultät Soziale Arbeit“.

2. In § 27 Nr. 5 muss es statt „Produktion und Medienwissenschaft“ richtig heißen:

„Produktion und Medienwirtschaft“.

München, den 24. Juli 2006

Bayerisches Staatsministerium  
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler  
Ministerialdirektor

## II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

221021-WFK

### Preise für hervorragende Hochschulabschlüsse oder Promotionen von weiblichen Studierenden der Ingenieurwissenschaften

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums  
für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

**vom 26. Oktober 2006 Nr. X/2-H2485.1-10b/34 155**

1. Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst verleiht nach Maßgabe des Bayerischen Staatshaushalts an weibliche Studierende der Ingenieurwissenschaften jährlich fünf Preise für hervorragende Hochschulabschlüsse oder Promotionen. Die Preise betragen jeweils 2000 EURO. Eine Teilung der Preise findet in der Regel nicht statt.
2. Voraussetzung für die Verleihung der Preise ist, dass die Abschlussprüfung beziehungsweise die Promotion an einer Hochschule in Bayern durchgeführt wurde.
3. Die Preise werden auf Vorschlag der bayerischen Hochschulen verliehen. Vorschlagsberechtigt sind der Universität Bayern e.V. mit einem Vorschlag für zwei Preise sowie die Präsidentinnen und Präsidenten der eine Fakultät mit der Ausbildungsrichtung Technik führenden staatlichen Fachhochschulen in Bayern mit einem gemeinsamen Vorschlag für drei Preise.
4. Über die Verleihung wird eine Urkunde ausgestellt, welche gleichzeitig mit dem Preis ausgehändigt wird.
5. Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 2007 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Bekanntmachung vom 24. September 1995 (KWMBI I S. 441), geändert durch Bekanntmachung vom 19. Dezember 2001 (KWMBI I 2002 S. 36), außer Kraft.

Dr. Thomas G o p p e l  
Staatsminister

KWMBI I 2006 S. 360

223011.114-UK

### Änderung der Bekanntmachung zum Vollzug der Vorschriften des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes über die Lernmittelfreiheit und der Verordnung über die Zulassung von Lernmitteln

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums  
für Unterricht und Kultus**

**vom 22. November 2006 Nr. II.1-5 S 1320-5.76 603**

Die Bekanntmachung zum Vollzug der Vorschriften des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes über die Lernmittelfreiheit und der Verordnung über die Zulassung von Lernmitteln vom 17. Januar 1995 (KWMBI I S. 87), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 18. August 2005 (KWMBI I S. 361), wird im Benehmen mit den Bayerischen Staatsministerien des Innern und der Finanzen wie folgt geändert:

1. In Nr. 4.2.2 Satz 1 werden die Worte „70,- €“ durch die Worte „200,- €“ ersetzt.
2. Nr. 8 wird wie folgt geändert:
- 2.1 Nr. 8.4 erhält folgende Fassung:

#### „8.4. Eigenbeteiligung

##### 8.4.1 Zusammenwirken von Schule und Schulaufwandsträger bei der Erhebung des Büchergelds

<sup>1</sup>Sofern mit dem Schulaufwandsträger nichts Abweichendes vereinbart wurde, übergibt die staatliche Schule zu Beginn des Schuljahres den Erziehungsberechtigten bzw. volljährigen Schülerinnen oder Schülern ein Merkblatt mit Hinweisen zum Büchergeld sowie ein mit der Empfangsbestätigung verbundenes Antragsformular für die Befreiung bzw. das Entfallen bezüglich der Eigenbeteiligung. <sup>2</sup>Die vom Zahlungspflichtigen ausgefüllte und unterschriebene Empfangsbestätigung wird bei Barzahlung zusammen mit dem einzuzahlenden Betrag bzw., im Fall der Antragsstellung, zusammen mit dem Nachweis für das Vorliegen des Befreiungstatbestands im verschlossenen Umschlag der Klassenleiterin oder dem Klassenleiter (Kollegstufenbetreuerin oder Kollegstufenbetreuer) zurückgegeben. <sup>3</sup>Die Klassenleiterin oder der Klassenleiter (Kollegstufenbetreuerin oder Kollegstufenbetreuer) prüft die

zahlenmäßige Vollständigkeit der zurückgegebenen Umschläge und erinnert gegebenenfalls einmal an die Erledigung. <sup>4</sup>Anschließend öffnen die Klassenleiterin oder der Klassenleiter (bzw. die Kollegstufenbetreuerin oder der Kollegstufenbetreuer) oder andere von der Schulleiterin oder dem Schulleiter eigens bestimmte Beschäftigte (z.B. Verwaltungsangestellte oder andere Lehrkräfte) die Umschläge und überprüfen, ob die Empfangsbestätigung vollständig und ordnungsgemäß ausgefüllt und unterschrieben ist. <sup>5</sup>Im Fall der Barzahlung ist auch die Vollständigkeit der Zahlung zu prüfen. <sup>6</sup>Wurde ein Befreiungsantrag gestellt, erstreckt sich die Prüfung auch darauf, ob der für den jeweiligen Befreiungsstatbestand erforderliche Nachweis beiliegt. <sup>7</sup>Der Nachweis der Befreiung von der Eigenbeteiligung kann nach Wahl der nach Bürgerlichem Recht Unterhaltspflichtigen bzw. volljährigen Schülerinnen oder Schüler durch Vorlage eines Bescheids der zuständigen Behörde, eines anderweitigen Belegs über eingegangene Zahlungen insbesondere des Kindergelds – nach derzeitiger Rechtslage werden bei drei Kindern 462,- € ausgezahlt – oder durch schriftliche Bestätigung der zuständigen Behörde geführt werden. <sup>8</sup>Die Umschläge mit den Geldbeträgen und die Nachweise werden anschließend an das Sekretariat der Schule weitergeleitet. <sup>9</sup>Das Sekretariat trägt in die Schülerliste Einzahlungen und Anträge auf Befreiungen/Entfallen bezüglich der Eigenbeteiligung ein und gibt die Liste mit den entsprechenden Antragsunterlagen dem Schulaufwandsträger. <sup>10</sup>Bei Bareinzahlung der Eigenbeteiligung sollen größere Geldbeträge unverzüglich bei dem zuständigen Kreditinstitut eingezahlt werden; im Rahmen des Art. 14 Abs. 2 BaySchFG kann die Einzahlung auch durch die Schulhausmeisterin oder den Schulhausmeister erfolgen.

#### 8.4.2 Datenschutz

<sup>1</sup>Die Klassenleiterin, der Klassenleiter, die Kollegstufenbetreuerin oder der Kollegstufenbetreuer bzw. die eigens von der Schulleiterin oder dem Schulleiter hiermit beauftragten Beschäftigten erlangen beim Öffnen der verschlossenen Umschläge Kenntnis über sensible, die Erziehungsberechtigten bzw. die Schülerinnen und Schüler betreffende Daten. <sup>2</sup>Die Schulleiterin oder der Schulleiter erinnert daher die beim Einsammeln des Büchergelds bzw. der Befreiungsanträge beteiligten Kolleginnen oder Kollegen an ihre pädagogische Verantwortung im Umgang mit persönlichen – hier vor allem die sozialen Verhältnisse der Schülerinnen und Schüler bzw. ihrer Erziehungsberechtigten betreffenden – Daten. <sup>3</sup>Die einsammelnden Lehrkräfte bzw. sonstigen Beschäftigten sind gesetzlich verpflichtet, über die im Rahmen der Unterrichts- und sonstigen schulischen Tätigkeit bekannt werdenden

persönlichen Angelegenheiten von Schülerinnen und Schülern und Eltern Verschwiegenheit zu bewahren (Art. 69 Abs. 1 Satz 1 Bayerisches Beamtenengesetz – BayBG, BayRS 2030-1-1-F –, für staatliche Lehrkräfte zudem § 14 Lehrerdienstordnung – LDO). <sup>4</sup>In jedem Fall scheidet ein Öffnen der verschlossenen Umschläge in Anwesenheit der Klasse oder einzelner Mitschülerinnen oder Mitschüler aus. <sup>5</sup>Die Verschwiegenheitspflicht gilt nach einem Dienstherrnwechsel oder einer Beendigung des Beamtenverhältnisses fort.“

2.2 In Nr. 8.5 Satz 2 werden die Worte „Nr. 8.4 Satz 10“ durch die Worte „Nr. 8.4.1 Satz 8“ ersetzt.

3. Diese Bekanntmachung tritt am 1. Januar 2007 in Kraft.

Erhard  
Ministerialdirektor

KWMBI I 2006 S. 360

2030-WFK

### **Zuständigkeitsregelungen für den Arbeitnehmerbereich im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst (Zust-AN-WFKM)**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums  
für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

**vom 28. November 2006 Nr. A3-M1321.4-8b/37 808**

#### **1. Regelung der Dienstverhältnisse (Arbeitsverhältnisse)**

##### **1.1 Hochschulbereich**

Zuständig für die Regelung der Dienstverhältnisse der in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis oder Ausbildungsverhältnis Beschäftigten sind jeweils in ihrem beziehungsweise im festgelegten Dienstbereich

1.1.1 die Hochschulen;  
Art. 21 Abs. 6 in Verbindung mit Abs. 4 Satz 1 Halbsatz 1 und Art. 23 Abs. 2 Satz 5 in Verbindung mit Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes bleiben unberührt,

1.1.2 die Fachhochschule Ingolstadt  
für den Dienstbereich des Zentrums für Hochschuldidaktik der bayerischen Fachhochschulen (Didaktikzentrum); der Leiter oder die Leiterin des Didaktikzentrums ist für

- die Gewährung von Erholungsurlaub, Elternzeit und Arbeitsbefreiung des Personals sowie für die Auswahl der einzustellenden Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zuständig,
- 1.1.3 die Fachhochschule Weihenstephan für den Dienstbereich der Staatlichen Forschungsanstalt für Gartenbau Weihenstephan; für die Zuständigkeit des Leiters oder der Leiterin der Staatlichen Forschungsanstalt für Gartenbau Weihenstephan gilt Nr. 1.1.2 Halbsatz 2 entsprechend,
- 1.1.4 die Universitätsklinik jeweils für die wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Sinn von Art. 14 Abs. 2 Nr. 4 des Bayerischen Universitätsklinikgesetzes,
- 1.1.5 das Deutsche Herzzentrum München (ausgenommen Klinikdirektoren und Klinikdirektorinnen, Institutsdirektoren und Institutsdirektorinnen sowie den Krankenhausdirektor oder die Krankenhausdirektorin); die Regelungen des Organisationsstatuts in der jeweils geltenden Fassung bleiben unberührt,
- 1.1.6 die Bayerische Akademie der Wissenschaften.
- 1.2 Übriger Geschäftsbereich**
- 1.2.1 Zuständig für die Regelung der Dienstverhältnisse (Arbeitsverhältnisse) der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen der Entgeltgruppen 1 bis 14 TV-L sowie der sonstigen in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis oder Ausbildungsverhältnis Beschäftigten sind – vorbehaltlich der Nrn. 1.2.2 und 1.2.3 – jeweils in ihrem beziehungsweise im festgelegten Dienstbereich
- 1.2.1.1 die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns auch im Dienstbereich der nachgeordneten Dienststellen,
- 1.2.1.2 die Bayerische Staatsbibliothek auch im Dienstbereich der nachgeordneten Dienststellen,
- 1.2.1.3 das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege,
- 1.2.1.4 die Staatlichen Museen und Sammlungen,
- 1.2.1.5 das Staatliche Bauamt Regensburg für den Dienstbereich der Walhallaverwaltung Donaustauf,
- 1.2.1.6 die Bayerischen Staatstheater, der Zentrale Dienst der Bayerischen Staatstheater und die Bayerische Theaterakademie,
- 1.2.1.7 das Zentralinstitut für Kunstgeschichte,
- 1.2.1.8 das Orff-Zentrum München,
- 1.2.1.9 die Generaldirektion der Staatlichen Naturwissenschaftlichen Sammlungen Bayerns auch im Dienstbereich der nachgeordneten Dienststellen,
- 1.2.1.10 das Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung.
- 1.2.2 Bei den in Nrn. 1.2.1.1, 1.2.1.2 und 1.2.1.6 bis 1.2.1.10 genannten Dienststellen erstreckt sich die Zuständigkeit nach Nr. 1.2.1 über die dort angegebenen Entgeltgruppen hinaus bis einschließlich Entgeltgruppe 15 TV-L (ausgenommen Verwaltungsleiter und Verwaltungsleiterinnen beziehungsweise Direktoren und Direktorinnen).
- 1.2.3 Den gemäß Nrn. 1.2.1 und 1.2.2 zuständigen Dienststellen obliegt darüber hinaus der verwaltungsmäßige Vollzug von Personalmaßnahmen für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bis einschließlich Entgeltgruppe 15 Ü.
- 1.3 Reisekostenrechtliche Zuständigkeiten**
- Die reisekostenrechtlichen Zuständigkeitsregelungen der Verordnung über dienstrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst (ZustV-WFKM) in der jeweils geltenden Fassung gelten für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen entsprechend.
- 2. Inkrafttreten, Außerkrafttreten**
- 2.1 Diese Bekanntmachung tritt am 19. Dezember 2006 in Kraft.
- 2.2 Mit Ablauf des 18. Dezember 2006 treten die Zuständigkeitsregelungen für den Arbeitnehmerbereich im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst (Zust-AN-WFKM) vom 21. Februar 2002 (KWMBI I S. 98) außer Kraft.
- Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler  
Ministerialdirektor
- KWMBI I 2006 S. 361
- 223013-UK
- Ausschreibung von GribS  
(Grundschulen zur individuellen  
Förderung bayerischer Schülerinnen  
und Schüler)**
- Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums  
für Unterricht und Kultus**
- vom 5. Dezember 2006 Nr. III.3- 5 S 7641-4-119 672**
- Die Stiftung Bildungspakt Bayern schreibt in Kooperation mit dem Bayerischen Staatsministerium für



Unterricht und Kultus das Modellprojekt „GribS“ (Grundschulen zur individuellen Förderung bayerischer Schülerinnen und Schüler) als Schulversuch aus. Das Projekt startet zum Schuljahr 2007/08 und hat eine Laufzeit von vier Jahren. 10 bis 15 Schulen sollen modellhaft arbeiten.

## 1. Adressaten, Ziele und Inhalte von GribS

GribS richtet sich ausschließlich an Grundschulen, welche die Heterogenität ihrer Schülerinnen und Schüler als pädagogische Herausforderung verstehen und die es sich zur Aufgabe gemacht haben und machen wollen, eine systematische individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler in den Fokus zu stellen.

Von besonderem Interesse soll dabei ein breiter Zugang zu den Naturwissenschaften sein. Ziel des Schulversuchs ist es, durch die Betonung und Förderung der Naturwissenschaften die Leistungen der Schülerinnen und Schüler auch in anderen Fächern und Fachbereichen zu steigern. Zu diesem Zweck sollen die Modellschulen Unterrichtseinheiten und Materialien entwickeln, die auch die mathematische und sprachliche Förderung berücksichtigen. Aus den gewonnenen Erfahrungen der beteiligten Lehrkräfte sollen Fortbildungskonzepte für Grundschullehrerinnen und -lehrer entstehen.

Stellvertretend für alle anderen bayerischen Grundschulen werden in den GribS-Schulen Konzepte zur individuellen Förderung aller Schülerinnen und Schüler erarbeitet, erprobt und evaluiert. Leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler sollen ebenso wie besonders begabte optimal gefördert werden. Auch der unterschiedliche Zugang von Buben und Mädchen zu den Naturwissenschaften ist Gegenstand des Modellversuchs; hier sollen die Ergebnisse ebenfalls in neue Förderkonzepte einfließen.

Für die Teilnahme an GribS ist eine breite Zustimmung aller am Schulleben Beteiligter erforderlich. Die Schulen stimmen einer regelmäßigen Evaluation durch die wissenschaftliche Begleitung zu und sind bereit, den Modellversuch konstruktiv mitzugestalten.

GribS-Schulen arbeiten in **drei Arbeitsfeldern**. Die folgenden Beispiele dienen lediglich als Ideengeber und **bieten Anregungen für eigene Vorschläge**:

### Arbeitsfeld 1: Pädagogisch-unterrichtliche Maßnahmen

- Unterrichtsmodelle im naturwissenschaftlichen Bereich unter Berücksichtigung der mathematischen und sprachlichen Förderung
- Modelle zur Sicherung der Nachhaltigkeit des Lernens, Auflösen des Klassenverbands (Förderung in kleinen Gruppen)
- Stärkere Handlungsorientierung im Unterricht, Experimentieren, Erfinden und Erkunden
- Patenschaften mit Schülern weiterführender Schulen („Groß hilft Klein“)

### Arbeitsfeld 2: Lehrerwissen – Lehrerkompetenz

- Weiterqualifizierung der Lehrkräfte
- Unterrichtsvorbereitung im Team

- Aufbau von Materialsammlungen und „Forschernlaboren“
- neue Formen der Lernerfolgsmessung und intensiver Austausch über die erkennbaren Lernfortschritte der Kinder

### Arbeitsfeld 3: Öffnung nach außen

- Austausch mit Lehrkräften weiterführender Schulen
- Kooperation mit externen Partnern (Gemeinde, Universitäten, Unternehmen)
- Unterstützung durch Stiftungspartner E.ON im naturwissenschaftlichen Bereich
- Einbeziehung der Eltern in den Unterricht
- Kooperationskonzepte (konsistente Förderung in der Schule und zu Hause)

Die Bearbeitung der drei Arbeitsfelder ist für alle Modellschulen verpflichtend; eine Schwerpunktbildung ist dabei möglich und wünschenswert.

Besonders die Bearbeitung und Umsetzung der Arbeitsfelder 1 und 3 liegen in der Verantwortung der einzelnen Modellschule. Hier sollen Ideen und Maßnahmen entwickelt und erprobt werden, die als best-practice-Beispiele an andere Schulen weitergegeben werden können.

Bei der Bearbeitung des Arbeitsfelds 2 bekommen die Modellschulen Anregung und intensive Unterstützung von Seiten der Stiftung Bildungspakt Bayern, z.B. regelmäßige Vollversammlungen aller Projektschulen, Fortbildungen, enge Zusammenarbeit mit dem Stiftungspartner E.ON.

## 2. Bewerbung

Bitte richten Sie die Bewerbung Ihrer Schule (Formblatt zum Download unter [www.bildungspakt-bayern.de](http://www.bildungspakt-bayern.de)) bis zum

**31. Januar 2007**

an die  
Geschäftsstelle der Stiftung Bildungspakt Bayern  
Jungfernturmstraße 1  
80333 München.

Über Ihre Teilnahme am Modellprojekt entscheidet die Abteilung Volksschulen des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus in Zusammenarbeit mit dem Vorstand der Stiftung Bildungspakt Bayern und dem Stiftungspartner E.ON.

E r h a r d  
Ministerialdirektor

223011.114-UK

**Zulassung von Lernmitteln****Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums  
für Unterricht und Kultus****vom 5. Dezember 2006 Nr. III.4-5 S 1321.1-5.125 231**

Die nachstehend aufgeführten Lernmittel werden zum Gebrauch im Unterricht an den bayerischen Schulen für die im Einzelnen angegebenen Schulararten zugelassen.

Die mit \* gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung.

Die mit <sup>R</sup> gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung **und** berücksichtigen die vom Rat für deutsche Rechtschreibung vorgelegten und von der Kultusministerkonferenz Anfang März 2006 beschlossenen Änderungen.

**Lernmittelfreie Lernmittel****Allgemein bildende Schulen****Hauptschule****Arbeit – Wirtschaft – Technik****Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:**

**\*Praxis, Hauptschule Bayern:**

<sup>R</sup>**9/M9:** v. Dörfler u.a., BN 116309, Aufl. 06/**Druck A<sup>1</sup>**, 16,95 €, ZN 211/06-V (18.12.06)

**Gymnasium****Chemie**

**C.C. Buchners Verlag, Bamberg/  
DUDEN PAETEC Schulbuchverlag, Berlin:**

<sup>R</sup>**Natürlich! Chemie**, hrsg. v. Deißenerberger:

**8 NTG:** BN 3451, 1. Aufl. 06, 16,90 €, ZN 217/06-G8 (18.12.06)

**Nicht lernmittelfreie, aber zulassungspflichtige  
Lernmittel****Allgemein bildende Schulen****Grundschule****Deutsch – Für sich und andere schreiben****Diesterweg Verlag, Braunschweig:**

**Hinweis:**

Die nachfolgend genannten Werke gelten nach § 17 Abs. 2 ZLV in ihrer bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

<sup>R</sup>**Zauberlehrling, Richtig schreiben**, hrsg. v. Steinleitner:

**2: Vereinfachte Ausgangsschrift**, BN 01221, Aufl. 06/**Druck B<sup>106</sup>**, 7,95 €, ZN 69/01-V (18.12.06)

**3: Vereinfachte Ausgangsschrift**, BN 01226, Aufl. 06/**Druck B<sup>106</sup>**, 7,95 €, ZN 83/02-V (18.12.06)

**4:** BN 01228, Aufl. 01/**Druck B<sup>106</sup>**, 7,95 €, ZN 117/03-V (18.12.06)

**Realschule****Deutsch – Sprachlehre und Rechtschreiben****Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:**

**Hinweis:**

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

**\*Mit eigenen Worten – Arbeitsheft, Realschule Bayern**, v. Bannert u.a.:

<sup>R</sup>**9:** BN 121249, Aufl. 05/**Druck B<sup>106</sup>**, 6,95 €, ZN 30/05-R6 (18.12.06)

Die Zulassung der Unterrichtswerke tritt am 18. Dezember 2006 in Kraft.

Erhard

Ministerialdirektor



### III. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsregierung, anderer bayerischer Staatsministerien und sonstiger Stellen

200-21-I

#### **Änderung der Allgemeinen Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaates Bayern Vom 13. Dezember 2005 (GVBl S. 712)**

Auf Grund des Art. 43 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl S. 991, BayRS 100-1-I), zuletzt geändert durch Gesetze vom 10. November 2003 (GVBl S. 816 und 817) erlässt die Bayerische Staatsregierung folgende Bekanntmachung:

#### **§ 1**

Die Allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaates Bayern – AGO – vom 12. Dezember 2000 (GVBl S. 873; ber. 2001 S. 28, BayRS 200-21-I) wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender neuer Abs. 1 eingefügt:

„(1) <sup>1</sup>Die Behörden richten ihre Maßnahmen zur Gestaltung einer wirksamen bürgerfreundlichen und dienstleistungsorientierten Verwaltung an den Bedürfnissen der Bürger aus. <sup>2</sup>Die Bürgerfreundlichkeit und Dienstleistungsorientierung der Behörden ist stetig zu verbessern.“

b) Die bisherigen Abs. 1 bis 4 werden Abs. 2 bis 5.

c) Der bisherige Abs. 5 wird aufgehoben.

2. § 8 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„<sup>2</sup>Neben Informationen in elektronischer Form, Broschüren, Merkblättern, Vordrucken und Ähnlichem können auch Informationsveranstaltungen, Bürgertelefone, Anhörungen, Ausstellungen oder ein Tag der offenen Tür angeboten werden.“

3. § 12 Abs. 4 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 wird vor dem Wort „persönlich“ das Wort „erkennbar“ eingefügt.

b) Es wird folgender neuer Satz 5 eingefügt:

„<sup>5</sup>Eingänge, die als Personalsache gekennzeichnet sind, dürfen nur von den zuständigen Personal verwaltenden Stellen geöffnet werden.“

c) Der bisherige Satz 5 wird Satz 6.

4. In § 17 Abs. 2 Satz 1 wird der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„§ 12 Abs. 3 Satz 2 gilt für elektronische Eingänge entsprechend.“

5. § 21 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Elektronische Dokumente und Daten, die an Dritte übermittelt werden, sind unter Beachtung der Standards und Richtlinien für die Informations- und Kommunikationstechnik in der bayerischen Verwaltung (in der jeweils geltenden Fassung) zu erstellen.“

6. In § 26 Abs. 2 Satz 4 werden die Worte „in der Regel“ gestrichen.

7. § 28 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 3 wird aufgehoben.

b) Der bisherige Abs. 4 wird Abs. 3.

8. § 34 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 2 wird aufgehoben.

b) Die Absatzbezeichnung „(1)“ entfällt.

9. § 38 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Satz 2 wird aufgehoben.

b) Die Satzbezeichnung „1“ entfällt.

10. Der Nr. 3.2 der Anlage 2 wird folgender Abs. angefügt:

„Die Anschrift ist ohne Leerzeilen zu gestalten.“

11. Anlage 3 wird aufgehoben.

#### **§ 2**

Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 31. Dezember 2005 in Kraft.

München, den 13. Dezember 2005

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

200-21-I

**Änderung  
der Allgemeinen Geschäftsordnung  
für die Behörden des Freistaates Bayern**

**Vom 10. Juli 2006 (GVBl S. 364)**

Auf Grund des Art. 43 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl S. 991, BayRS 100-1-I), zuletzt geändert durch Gesetze vom 10. November 2003 (GVBl S. 816, 817), erlässt die Bayerische Staatsregierung folgende Bekanntmachung:

§ 1

Dem § 22 der Allgemeinen Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaates Bayern (AGO) vom 12. Dezember 2000 (GVBl S. 873; ber. 2001 S. 28, BayRS 200-21-I), geändert durch Bekanntmachung vom 13. Dezember 2005 (GVBl S. 712), wird folgender Abs. 5 angefügt:

„(5) Im dienstlichen Schriftverkehr und in der Normsprache wenden die Behörden die Amtliche Regelung der deutschen Rechtschreibung (Regeln und Wörterverzeichnis) in der jeweils geltenden Fassung an, die im Bayerischen Behördennetz ([www.bybn.de](http://www.bybn.de)) und im Internet ([www.ids-mannheim.de](http://www.ids-mannheim.de)) einsehbar ist.“

§ 2

<sup>1</sup>Diese Bekanntmachung tritt am 1. August 2006 in Kraft. <sup>2</sup>Mit Ablauf des 31. Juli 2006 tritt die Bekanntmachung der Bayer. Staatsregierung vom 13. Dezember 2005 (AllMBI S. 539, StAnz Nr. 50) zur Anwendung der deutschen Rechtschreibung im behördlichen Schriftverkehr und in der Normsprache außer Kraft.

München, den 10. Juli 2006

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

200-21-I

**Druckfehlerberichtigung (GVBl 2001 S. 28)**

Die Allgemeine Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaates Bayern (AGO) von 12. Dezember 2000 (GVBl S. 873) wird wie folgt berichtigt:

In der Anlage 2 werden in Nummer 9 nach dem letzten Wort „sowie“ die Worte „die Bankverbindungen aufgeführt werden.“ angefügt.